



Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Jugendhilfeausschuss		

Anlass:

Mitteilung der Verwaltung

Beantwortung von Anfragen
aus früheren Sitzungen

Beantwortung einer Anfrage
nach § 4 der Geschäftsord-
nung

Stellungnahme zu einem
Antrag nach § 3 der Ge-
schäftsordnung

Familienatlas 2007 Verbesserung der Familienfreundlichkeit

Der Rat beauftragt die Verwaltung:

Zu prüfen, ob die bestehenden Freizeitangebote und Freizeiteinrichtungen zeitgemäß sind und der Zugang zu diesen Einrichtungen uns Angeboten den Bedürfnissen der potentiellen Nutzer entspricht. Geprüft werden soll dabei auch, ob eine Vernetzung mit den Schulen vor Ort erfolgt.

Der Antrag wurde zur weiteren Beratung in den JHA verwiesen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Das enttäuschende Ranking der Stadt Köln im Rahmen des Familienatlasses und die Eingruppierung als „Passive Region“ basiert im Wesentlichen darauf, dass die **Infrastruktur** im Handlungsfeld **Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche** als **unzureichend bewertet** wird.

Die Datenbasis für diese Bewertung ist aus Sicht der Stadt Köln unzureichend, da sie nicht alle Aktivitäten erfasst. Trotz dieser Kritik an der formalen Grundlage für das Ranking, ist zu konstatieren, dass im Bereich der Infrastruktur für kinder- und jugendgemäße Freizeitangebote in Köln Nachholbedarf besteht.

Gründe für diese Einschätzung sind:

- Infrastruktur für außerschulische Bildungs- und Freizeitangebote wurde über viele Jahre (fast) ausschließlich in besonders belasteten sozial und ökonomisch schwachen Wohngebieten installiert.
- Auch in sozial schwachen Wohngebieten wurde und wird Infrastruktur nur zögerlich installiert. Von den bereits in 2001 von der Verwaltung benannten 7 Stadtteilen mit besonders hohem Bedarf für Jugendeinrichtungen wurden 3 Standorte nach wie vor nicht realisiert: Zündorf -Nord, Ossendorf- Park und Buchforst. Die Neuinstallation von 2 Einrichtungen

(Blumenberg; Volkhoven Weiler) erfolgte im Wesentlichen ohne Zusetzung von Mitteln aus dem Bestand.

1993 und 2003 gab es bei der offenen Jugendarbeit Konsolidierungsrunden. Die Kürzung 2003 war u. a. auf Grund der Reduzierung von Landesmitteln erforderlich. In den folgenden Jahren reduzierte das Land weiter seine Zuschüsse an die Stadt Köln. Diese Mittel wurden dann durch die Kommune ausgeglichen.

Auf der Basis des Ratsbeschlusses vom 16.12.2003 wurden 7 Einrichtungen geschlossen. Darüber hinaus wurden Standardreduzierungen bei den verbleibenden Einrichtungen vorgenommen.

- Selbst Einrichtungen in sozial sehr belasteten Stadtteilen mit großem Einzugsgebiet (mehr als 1000 Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 6 – und 18 Jahren) sind räumlich und personell oft unzureichend ausgestattet. Zur Verdeutlichung: Eine normale Jugendeinrichtung in Nachbarstädten wie Düsseldorf oder Bonn verfügt in der Regel über 3 Vollzeitfachkräfte. Größere Einrichtungen – mit entsprechendem Bedarf - über 4 Fachkräfte. In Köln haben 7 von 67 Einrichtungen ein Stellenplansoll von 1 oder 1 ½ Fachkräften. Nur 11 Einrichtungen verfügen über 3 Mitarbeiterstellen. Keine hat 4 Planstellen.
- Viele Einrichtungen sind auf Grund mangelnder Zuschussmittel in einem baulich schlechten Zustand und optisch unattraktiv bzw. wenig zeitgemäß.

Aus den o. g. Basiszahlen (insbesondere Personal im Verhältnis zu Jugendlichen Einwohnern), die vom statistischen Landesamt in regelmäßigen Abständen erhoben werden, speist sich das Ranking im Rahmen des Familienatlas.

Eine Verbesserung der Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche ist zu erreichen wenn:

- die Angebote der Jugendarbeit in Ihrer Differenziertheit und komplexen Wirkung als Familien unterstützende **Bildungs- und Betreuungsangebote** (z. B. Übermittagbetreuung Sek. I), als **Kristallisationspunkte von Jugendkultur**, in ihrer Bedeutung für die **Prävention** im Sinne des Jugendschutzes und als Orte der Identifikation und **Partizipation** von Kindern und Jugendlichen im Gemeinwesen erkannt werden.
- die starke Fokussierung auf benachteiligte Stadtteile aufgegeben wird und das Vorhalten nicht kommerzieller Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche **grundsätzlich als flächendeckender Bedarf** anerkannt wird. Dies hätte auch zur Folge, dass Jugendarbeit nicht zwangsläufig mit einem Stigma belegt werden kann.
- außerschulische Freizeit- und Bildungsangebote als **Standortfaktor** wahrgenommen werden, und die nötige Vernetzung zwischen schulischer und außerschulischer Bildung besser gelingt.
- Einrichtungen in sozial belasteten Vierteln mit den **nötigen Ressourcen** insbesondere mit **mehr Personal** ausgestattet werden.
- der **Investitionsstau** in Einrichtungen der Jugendarbeit **abgebaut** würde.

Höhere Mittelzuwendungen und Investitionen sollten aus Sicht der Verwaltung an eine entsprechende **Qualitätsoffensive** bei den Trägern gebunden werden. Die Standards hierfür sind durch das Jugendamt in Kooperation mit den Trägerverbänden, zu entwickeln.

Insgesamt müssen Jugendeinrichtungen ihr Profil schärfen.

Es ist zu berücksichtigen, dass an das Handlungsfeld der Jugendarbeit hohe konzeptionelle und pädagogische Anforderungen gestellt werden. Träger ohne fachbezogene Leitungsstrukturen müssen Organisationsformen entwickeln, die sie in die Lage versetzen den steigenden Anforderungen gerecht zu werden.

Das Amt für Kinder Jugend und Familie ist bereits mit der AGOT und der JugZ im Gespräch und wird im Zusammenhang mit der Fortschreibung des Kinder und Jugendförderplans Vorschläge zu Weiterentwicklung des Arbeitsfeldes einbringen.

Trotz der oben beschriebenen Defizite und Bedarfslagen hat Köln grundsätzlich ein großes Potenzial in der Kinder und Jugendarbeit:

- Dazu gehört insbesondere die differenzierte und fachlich weit entwickelte und gut vernetzte **Jugendkulturarbeit**. Diese gilt es ebenso wie die offene Jugendarbeit verlässlich und in ausreichendem Umfang zu fördern. Es ist sinnvoll eine umfangreichere Angebotsstruktur vor allem für bildungsbenachteiligte Zielgruppen zu realisieren. Entsprechende Konzepte hierzu können von Trägern und Jugendverwaltung entwickelt werden.
- Köln zeichnet sich gegenüber anderen rheinischen Großstädten dadurch aus, dass es bereits funktionierende **Betreuungsangebote für Schüler weiterführender Schulen** aufgebaut hat. (Wurde im Familienatlas gar nicht abgefragt). Der Umfang dieses Angebotes ist jedoch bei weitem nicht bedarfsgerecht.
Eltern, Schulen und Fachleute reklamieren zunehmend den Bedarf an verlässlicher Unterstützung der 10 – 14 Jährigen Schülerinnen und Schüler aller Schulformen. Hier ist Köln in einer hervorragenden Ausgangsposition, um NRW- weit eine Vorreiterrolle einzunehmen. Köln ist die erste Stadt NRW´ s die mit der Installierung der Stabsstelle „Integrierte Jugendhilfe und Schulentwicklungsplanung“ strukturell beste Voraussetzungen geschaffen hat zur Umsetzung ganztägiger Betreuung in Kooperation mit Partnern aus der Jugendhilfe. Die Träger Offener Jugendeinrichtungen und Bürgerzentren verfügen, auf Grund ihrer Praxis in dem seit 1999 in Köln existierenden Programm, über hohe Kompetenz und entsprechende Kontakte zu den weiterführenden Schulen in ihrem Wohnumfeld.
Mit vergleichsweise geringen Mitteln könnte, angedockt an bestehende Strukturen, ein Ausbau erfolgen, der sowohl familienpolitisch hohe Relevanz hat als auch wirksame Präventionsstrategie ist.
- Köln verfügt über eine Trägerlandschaft die hohe Fachlichkeit einbringen kann und verlässlicher Partner bei der Umsetzung von Auftragslagen im Rahmen der Jugendarbeit ist. Insbesondere Träger die mehrere Einrichtungen betreiben und über eigene Fachberatung verfügen sind in der Lage die hohen konzeptionellen Anforderungen zu erfüllen, die an das Arbeitsfeld gestellt werden müssen.
- Köln als Standort von Hoch- und Fachhochschulen verfügt über ausreichend gut qualifizierte Fachkräfte im Arbeitsfeld der Sozialpädagogik. Theorie - Praxistransfers und **Kooperation mit den (Fach-) Hochschulen** kann noch ausgebaut werden.
- Der **kommunale Kinder- und Jugendförderplan**, der im Januar 2007 im JHA verabschiedet wurde, beschreibt die erforderliche Weiterentwicklung in den Handlungsfeldern Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Jugendsozialarbeit und Jugendschutz. Die Verwaltung legt zeitgleich im JHA einen Zwischenbericht vor, der die bereits erzielten Ergebnisse der Weiterentwicklung dokumentiert. Mit der Fortschreibung dieses Förderplans Ende 2009 sind Fachausschuss und Fachverwaltung in der Lage neue Akzentuierungen vorzunehmen.

